

<b>Sitzungsvorlage</b>	
<b>- öffentlich -</b>	
<b>17/419</b>	
Der Bürgermeister Dezernat III	
Fachbereich 8	
Datum	30.09.2021

Beratungsfolge			Termin
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Umwelt	öffentlich	Entscheidung	18.11.2021

## **Alternatives Beteiligungsverfahren gemäß § 8a KAG für die Straßensanierung im Rahmen des Kanalbaus an der Blücherstraße und der Galgenbergsheide**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Umwelt beschließt, aufgrund der Geringfügigkeit der genannten Straßenbaumaßnahmen auf eine Anliegerversammlung zu verzichten und stattdessen eine schriftliche Bürgerinformation mit der Möglichkeit zur Stellungnahme als alternatives Beteiligungsverfahren durchzuführen.

### **Sachverhalt und Stellungnahme:**

Der seit dem 01.01.2020 in Kraft getretene § 8a des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG NRW) sieht vor, dass für beitragsfähige Baumaßnahmen eine Anliegerversammlung stattfindet, in der die Maßnahme den Anliegern vorgestellt wird. Im KAG ist hier von einer frühzeitigen Versammlung die Rede, jedoch auch von einer Vorstellung möglicher Ausbauvarianten, die allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sind. Es steht jedoch außer Frage, dass ein Zeitpunkt vor Ausschreibung der Maßnahme vorgesehen ist.

Die Durchführung der Straßensanierungen der Blücherstraße (im Bereich Römerstraße bis Bahnenstraße, inkl. Stichweg zu den Hausnummern 26a bis 26f) und der Galgenbergsheide (Römerstraße bis Wendehammer, inkl. Stichweg zu den Hausnummern 2 bis 16) wurde im Rahmen der Aufstellung des Straßen- und Wegekonzepts 2021 – 2025 im ASPU am 26.11.2020 mit der Vorlage 16/2820 beschlossen.

Die ENNI Stadt & Service Niederrhein AöR erneuert in der Blücherstraße und an der Galgenbergsheide die Kanäle. In diesem Rahmen werden auch die Oberflächen der Straßen erneuert.

Für die betroffenen Bereiche der Blücherstraße und der Galgenbergsheide werden aufgrund des Ablaufes der rechtlichen Nutzungszeit und des verschlissenen Zustands Anliegerbeiträge gemäß KAG NRW erhoben.

Im Rahmen der beitragsfähigen Maßnahmen wird jeweils die Fahrbahn und (soweit vorhanden) der Parkstreifen zwischen den Bordsteinen erneuert. Es werden noch fehlende Bordsteinabsenkungen bzw. taktile Elemente ergänzt. Ggf. werden an einzelnen Stellen kleinere Anpassungsarbeiten an den Bestand notwendig.

Da die beschriebenen Maßnahmen geringfügige Maßnahmen im Sinne des § 8a, Absatz 4 darstellen, soll die Anliegerversammlung durch Beschluss der kommunalen Vertretung (hier der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Umwelt) durch ein anderes Beteiligungsverfahren ersetzt werden. Die Definition der Geringfügigkeit bezieht sich dabei auf Änderungen im Straßenraum und nicht auf die Baukosten.

Es ist vorgesehen, die Eigentümer per Brief über die jeweiligen Projekte zu informieren. Parallel werden Planunterlagen zum Download auf der städtischen Internetseite zur Verfügung gestellt. Innerhalb eines Zeitraums von 14 Tagen erhalten die Anlieger Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geplanten Projekten. Hierzu wurde eine entsprechende E-Mail-Adresse eingerichtet. Eine Bürgerversammlung bzw. eine Bürgerinformation müssen vor der Ausschreibung der Maßnahmen erfolgen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

In Vertretung

Kamp  
Techn. Beigeordneter